

FRAKTION Bündnis 90 /Die Grünen



Für: Stadt Heidelberg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner

E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de

Rathaus, Marktplatz 10
69117 Heidelberg
Tel: +49 (6221) 58-4717-0

Derek Cofie-Nunoo, Fraktionsvorsitzender
Marilena Geugjes, stellv. Fraktionsvors.
Felix Grädler, stellv. Fraktionsvors.
Dr. Luitgard Nipp-Stolzenburg, stellv. Fraktionsvors.
Christoph Rothfuß, stellv. Fraktionsvors.
Rahel Amler, Anja Gernand, Sahin Karaaslan,
Dr. Dorothea Kaufmann, Dr. Nicolás Lutzmann,
Kathrin Rabus, Dr. Ursula Röper, Julian Sanwald,
Anita Schwitzer, Manuel Steinbrenner, Frank Wetzell

geschaeftsstelle@gruene-fraktion.heidelberg.de
www.gruene-heidelberg.de

Heidelberg, 21.10.2019

Sachantrag zu TOP 5ö des BUA am 22.10.2019: Klimaschutzaktionsplan

Wir beantragen für die Vorlage 0329/2019/BV folgende Änderungen:

1. unter
„2. Klimaschutzaktionsplan“
im Anschluss an „Daher sind folgende Schritte unabdingbar erforderlich“

Zu 2. in der Vorlage: „und eine weitestgehend CO₂-neutrale Gestaltung der Heidelberger Fernwärme bis 2030.“

Zu 4. in der Vorlage: „10 Megawatt“ ersetzen durch „25 Megawatt“

Zu 6. in der Vorlage: „Verdoppelung der Altbausanierungsrate“ ergänzen um „eine Erhöhung der Sanierungsrate für Heidelberger Privat-Immobilien auf jährlich mindestens 2,5% und städtischer Immobilien auf mindestens 3%, und einen umfassenden Sanierungsfahrplan für städtische Gebäude (inkl. GGH und möglichst auch GGH-Beteiligungen) unmittelbar konzipieren und bis 2040 realisieren, einschl. Prüfung von PV-Nachrüstungsmöglichkeiten“

Zu 10. in der Vorlage: „Einführung des Jobtickets etc.“ ergänzen um „und Bewerbung als Modellstadt für die Einführung des 365 € Tickets beim Bund“

Zu 12. in der Vorlage: „Einrichtung von 4 Sonderbuslinien etc.“ ersetzen durch „Einrichtung von 4 + x Sonderbuslinien“ und ergänzen um „auf der Grundlage einer Taskforce bestehend aus der Stadt Heidelberg, den umliegenden Kommunen und den großen Arbeitgebern in Heidelberg und Umland, die konkret vorliegenden Pendlerströme erfasst und die notwendigen Umlagerungsmaßnahmen hin zu ÖPNV und Radverkehr entwickelt“

Zu 18. in der Vorlage: ergänzen um

- „ - einer auf in Kooperation mit einer wissenschaftlichen Einrichtung ermittelten Kennziffern basierenden Klimaschutzprüfung für alle gemeinderätlichen Beschlüsse,
- einen Umweltfachausschuss, der durch verbandliche und wissenschaftliche Expert*innen beraten wird und der alle klimarelevanten Gemeinderatsanträge beschließen muss.“
- eine im gemeinderätlichen Entscheidungsprozess verpflichtende Vorlage von Maßnahmen zur Partizipation und zum sozialen Ausgleich bei allen städtischen Klimaschutzbeschlüssen,
- eines partizipativen Instruments, das den zukünftigen Generationen eine Stimme verleiht.“

Vorlage ergänzen um:

„19. Einrichtung eines städtischen Dialogs mit jenen Heidelberger Bürger*innen, die Heidelberger Boden privat oder gewerblich landwirtschaftlich nutzen. Im Rahmen dieses Austauschs werden Hilfen zum Umstieg auf eine ökologisch und klimatisch verträglichere landwirtschaftliche Nutzung entwickelt und umgesetzt.

20. Einführung eines Schlüssels, der die Verbindung herstellt zwischen dem durch Klimaschutzmaßnahmen erfolgten Umstieg in den ÖPNV und die dadurch ermöglichte Parkraumreduktion sowie eine Parkraumbewirtschaftung, die die Kosten für die Bereitstellung des Parkraums besser als bisher abbildet und Falschparken konsequenter ahndet.

21. Weiterentwicklung des Masterplans 100% Klimaschutz und Verabschiedung eines langfristigen Handlungspfads in Kooperation mit - wie auch bisher - einem unabhängigen wissenschaftlichen Institut, in dem dargestellt wird, wie die Heidelberger Klimaziele zu erreichen sind. Dieser beinhaltet einen konkreten Maßnahmenzeitplan und eine Maßnahmenabfolge, stellt Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit sicher und wird regelmäßig evaluiert, angepasst, und der Öffentlichkeit online zur Verfügung gestellt.

22. Überprüfung der Heidelberger Klimaschutzziele, indem ein unabhängiges wissenschaftliches Institut beauftragt wird, in einem Gutachten darzulegen, welche Maßnahmenbündel erforderlich wären, um ambitioniertere Klimaschutzziele – wie bspw. ein Vorziehen der Heidelberger Klimaneutralität von 2050 auf Ende der 2030er-Jahre – zu realisieren.“

2. Unter „3. Weiteres Vorgehen“

Ergänzen nach „und dem Gemeinderat separat zur Entscheidung vorgelegt.“:

„Dabei ist der Stadtverwaltung die Dringlichkeit der Maßnahmen bewusst, weswegen eine Vorlage der entsprechenden Maßnahmenpakete für die Diskussion in den gemeinderätlichen Gremien im ersten Quartal 2020 erfolgt.“

Begründung

Obwohl Heidelberg als Stadt im Rahmen vieler Programme und Modellprojekte eine Vorreiterrolle im Klimaschutz für sich beansprucht, machen die aktuellen CO₂-Reduktionszahlen deutlich, dass wesentlich mehr Anstrengungen notwendig sind, um das städtische Klimaziel bis 2050 auch zu erreichen. Dieses Erkenntnis ist nicht erst im Herbst 2019 deutlich, weswegen die Fraktion der Grünen im April einen Antrag auf Sofortmaßnahmen im Klimaschutz gestellt und die Ausrufung des Klimanotstandes in die Debatte eingebracht hat. Mit der im Mai erfolgten tatsächlichen Ausrufung des Klimanotstandes sowie der Vorlage eines Klimaschutzaktionsplans im Oktober 2019 durch die Verwaltung ist nun der Konsens erreicht, dass die Bemühungen Heidelbergs deutlich intensiviert werden müssen. Bei den Zielsetzungen des Klimaschutzaktionsplans handelt es sich ausschließlich um Schwerpunktsetzungen und Zielabsteckungen, die durch konkrete Maßnahmenpakete innerhalb kurzer Frist seitens der Stadtverwaltung zu ergänzen und durch den Gemeinderat zu diskutieren und zu beschließen sind.